

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz.

11. März 1950

Blatt 359

## Der Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1950

=====

11. März (Rath.Korr.) Der späte Abschluß der Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften hatte die Verwaltung der Stadt Wien außer Stand gesetzt, den Voranschlag für das Jahr 1950 zeitgerecht aufzustellen. Ebenso wie beim Bund mußte daher zu dem Behelf eines Budgetprovisoriums gegriffen werden. Das Budgetprovisorium ist mit Ende März befristet und wird voraussichtlich keiner Verlängerung bedürfen, da der Magistrat mittlerweile den Entwurf des Voranschlages fertiggestellt und den verfassungsmäßig zustehenden Organen zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt hat.

Der Voranschlag rechnet mit einem Ausgabenerfordernis von insgesamt 1.719,781.740 Schilling. Das bedeutet gegenüber den Annahmen des Vorjahres eine Steigerung um 37,1 Prozent. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ergibt sich ein Aufwand von je rund 1.000 Schilling. Von der Ausgabensumme entfallen 1.597,962.740 Schilling auf den ordentlichen Voranschlag, der die laufenden Erfordernisse, den Aufwand für den Wohnhausneubau und die für eine normale Verwaltungstätigkeit unbedingt erforderlichen einmaligen Vorhaben umfaßt, und 121,819.000 Schilling auf den außerordentlichen Haushaltsplan, der wie in den Vorjahren die Beseitigung der Kriegsschäden zum Gegenstand hat. Die Einnahmen sind mit insgesamt 1,633,477.220 Schilling veranschlagt. Hievon entfallen auf den ordentlichen Voranschlag 1.578,481.220 Schilling. Der ordentliche Voranschlag ist dadurch bis auf einen Teilbetrag von 19,481.520 Schilling ausgeglichen. Der außerordentliche Haushaltsplan sieht bloß Einnahmen von 54,996.000 Schilling vor, die

in Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds im Betrage von 54,096.000 Schilling und verschiedenen Ersätzen in der Höhe von 900.000 Schilling bestehen. Hier besteht ein Abgang von 66,823.000 Schilling. Zusammengefaßt weist der Voranschlag somit einen Fehlbetrag von 86,304.520 Schilling aus.

Unter den Ausgaben fällt der Personalaufwand am stärksten ins Gewicht. Er beläuft sich auf 503,021.710 Schilling, das sind 29'2 Prozent der Gesamtausgaben. Gegenüber den Ansätzen des Vorjahres zeigt der Personalaufwand eine Erhöhung um 19'4 Prozent. Die Erhöhung ist vor allem auf die Gewährung eines 13. Monatsgehältes und den Umstand zurückzuführen, daß die Kinderbeihilfen für die Bediensteten der Stadt Wien nicht mehr aus Bundesmitteln ersetzt werden, sondern von der Stadt Wien als Dienstgeberin selbst getragen werden müssen. Der Stand des aktiven Personales ist mit 37.239 angenommen, das ist gegenüber dem Stand im Budget 1949 eine Verminderung um 2.130 Personen. Die Zahl der Pensionsparteien beträgt 11.707.

Die beiden Gruppen Wohlfahrtswesen und Gesundheitswesen verzeichnen Ausgaben von 428,1 Millionen Schilling gegenüber 372,7 Millionen Schilling laut Voranschlag 1949. Unter Einrechnung des gesamten Personal- und Sachaufwandes erhöht sich die Ausgabensumme dieser beiden Gruppen auf rund 474 Millionen Schilling, das sind mehr als 27 Prozent der Gesamtausgaben. Den größten Anteil an diesen Ausgaben haben die Wohlfahrtsanstalten, deren Bruttoaufwand sich auf 285'9 Millionen Schilling beläuft. Diesen Ausgaben der Wohlfahrtsanstalten stehen an Verpflegungskostenzahlungen der Krankenkassen und von privaten Personen sowie an sonstigen effektiven Einnahmen 141'5 Millionen Schilling gegenüber, sodaß die Nettobelastung des Stadthaushaltes für die städtischen Anstalten 144'4 Millionen Schilling gegenüber 126'1 Millionen Schilling laut Voranschlag 1949 beträgt. Dem Voranschlag der Wohlfahrtsanstalten ist insgesamt ein Stand von 26.490 Betten zugrunde gelegt, wovon allein 12.150 Betten auf die Krankenanstalten entfallen. Für die Kindergärten, die mit einem Stand von 8.520 Besuchern rechnen, sind Ausgaben von 26'5 Millionen Schilling vorgesehen, denen an Elternbeiträgen u. dgl. 2'8 Millionen Schilling gegenüber stehen, sodaß der Nettoaufwand für diese Einrichtungen 23'7 Millionen Schilling gegen 18'5 Millionen Schilling laut Voranschlag 1949 beträgt.

Für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in fremden Anstalten sind Verpflegskosten von insgesamt 7'2 Millionen Schilling gegenüber 5'4 Millionen Schilling im Jahre 1949 vorgesehen. In der offenen Fürsorge sind für Erwachsene an Unterstützungen und sonstigen direkten Zuwendungen 56'5 Millionen Schilling gegen 55'7 Millionen Schilling laut Voranschlag 1949 veranschlagt. Der Stand der dauerbefürsorgten Erwachsenen beläuft sich derzeit auf 29.631 Personen. Für Kinder und Jugendliche rechnet der Voranschlag mit unmittelbaren Zuwendungen von 13 Millionen Schilling gegen 15'4 Millionen Schilling im letzten Voranschlag. Das geringere Erfordernis ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß infolge Besserung der Ernährungsverhältnisse die Ansätze für Ausspeisungen niedriger gehalten werden können. Für die Detailposten Pflegegelder, Geld- und Sachbeihilfen und Säuglingswäschepakete sind an Stelle der im Vorjahr vorgesehenen 4'1 Millionen Schilling 5'8 Millionen Schilling veranschlagt. Die Anzahl der Pflegestellen für Kinder soll von derzeit rund 1.500 auf 1.800 hinaufgesetzt werden.

Für das Bauwesen, umfassend die Verwaltungsgruppen VI und VII, rechnet die Vorlage mit Bruttoausgaben von 627'5 Millionen Schilling, wovon allein auf den Wohnhausneubau 297'8 Millionen Schilling entfallen. Dieser Betrag ist das Erfordernis für 4.500 Wohnungen. Die technischen Betriebe, Kanalisation, Wasserwerke, Gärten, Bäder, Friedhöfe, Straßenpflege und andere, steigen in ihrem nicht durch Gebühren gedeckten Abgang gegenüber dem letzten Voranschlag von 76'7 Millionen Schilling auf 91'9 Millionen Schilling. Von den einmaligen Ansätzen dieser Betriebe sind insbesondere die Beträge von 7'3 Millionen Schilling für die Fertigstellung des Strandbades Gänsehäufel und von 2'4 Millionen für die Fertigstellung des Volksbades Liesing erwähnenswert. Für die Erhaltung und den Neubau von Straßen sind 41'9 Millionen Schilling vorgesehen (Voranschlag 1949: 25'1 Millionen Schilling), für Brücken- und Wasserbauten rund 32 Millionen Schilling gegen rund 24 Millionen Schilling im Vorjahr. Die Ansätze für die öffentliche Beleuchtung zeigen eine Erhöhung von 5'7 Millionen Schilling auf 9'9 Millionen Schilling.

Die städtische Wohnhauserverwaltung, die gegen 80.000 benützbare Wohnungen und Geschäftslokale zu betrouen haben wird,

verzeichnet Ausgaben von 34'8 Millionen Schilling und Einnahmen von 27'1 Millionen Schilling, sonach einen Abgang von 7'7 Millionen Schilling. Hierzu kommen noch die Aufwendungen für die Behebung von Kriegsschäden in der Höhe von rund 62 Millionen Schilling, die mit dem Teilbetrag von 53'5 Millionen Schilling durch Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds bestritten werden sollen.

Von den Ansätzen der Verwaltungsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, die insgesamt 114 Millionen Schilling gegen 99 Millionen Schilling laut Voranschlag 1949 erfordern, entfallen auf die Ausgaben für das Schulwesen 59'8 Millionen Schilling, das sind um 8'4 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Der Stand der Schüler an den Volks-, Haupt- und Sonderschulen ist von 126.535 auf 136.700 gestiegen, dagegen bei den Berufsschulen und sonstigen Schulen von 32.000 auf 29.400 gesunken. Die Märkte und Schlachthöfe, die zu der gleichen Verwaltungsgruppe gehören, rechnen einschließlich der Behebung der Kriegsschäden mit Ausgaben von 22'6 Millionen Schilling, denen Einnahmen von 5'2 Millionen Schilling gegenüber stehen. Bei den Einnahmen wirkt sich die Besserung in der Beschickung dieser Einrichtungen aus.

Die Ansätze für Kultur und Volksbildung haben eine Steigerung von 7 Millionen Schilling auf 14 Millionen Schilling, also um 100 Prozent erfahren. Die Steigerung ist unter anderem auf die neue Post von 3 Millionen Schilling für die Verwendung des Anteiles am Kultur Groschen zurückzuführen. Eine ausschlaggebende Steigerung haben auch die Ansätze für Körpersport erfahren, unter denen der Ansatz für die Verwendung des Sport Groschens von 1'3 Millionen Schilling hervorzuheben ist.

Die größte Post in der Gruppe X, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, bildet die Feuerwehr, die Ausgaben von 25'3 Millionen Schilling veranschlagt.

Für den Schuldendienst sind Ausgaben von 18'3 Millionen Schilling vorgesehen. Die städtischen Unternehmungen und die Newag leisten hierzu Beiträge von 13 Millionen Schilling.

Unter den noch nicht berücksichtigten Einnahmen stehen die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und die eigenen Abgaben der Stadt Wien im Vordergrund.

Die Ertragsanteile sind in Übereinstimmung mit der

Annahme des Bundesministeriums für Finanzen mit 573,708.000 Schilling gegen 399,828.000 Schilling laut Voranschlag 1949 angesetzt. Sie erfahren jedoch eine weitgehende Kürzung durch die II. Tranche des Beitrages zum Ausgleich des Bundeshaushaltes 1949 im Betrage von voraussichtlich 48,515.000 Schilling und den Beitrag zum Ausgleich des Bundeshaushaltes 1950 im festen Betrage von 66'7 Millionen Schilling. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich stehen auch die Beiträge der Stadt Wien zum Lehreraufwand der Berufsschulen und zu den Kosten der Bundespolizei, die wie im Vorjahr mit 15'3 Millionen Schilling angesetzt sind.

Unter den eigenen Abgaben der Stadt Wien nimmt die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital mit 220 Millionen Schilling den ersten Rang ein. Der gegenüber dem Vorjahr ungleich höhere Ansatz beruht auf den tatsächlichen Ergebnissen des Jahres 1949 und den Annahmen, von denen die Bundesfinanzverwaltung, der die Einhebung der Steuer obliegt, bei ihrer Schätzung ausgegangen ist. Die Lohnsummensteuer ist mit 70 Millionen Schilling (Voranschlag 1949: 52 Millionen Schilling) veranschlagt. Die Grundsteuer ist von 96 Millionen Schilling auf 100 Millionen Schilling erhöht. Die Vergnügungssteuer ist mit 30 Millionen Schilling unverändert belassen, die Getränkesteuer von 36 Millionen Schilling auf 45 Millionen Schilling hinaufgesetzt. Neu ist lediglich die Überhöhungsabgabe für Bauten, die die Maximalhöhe der nach dem Bebauungsplan festgesetzten Bauklasse übersteigen: ihr Erträgnis ist auf 100.000 Schilling geschätzt. Zusammengekommen wird mit einem Erträgnis der eigenen Abgaben der Stadt Wien einschließlich der Zuschläge zu Bundesabgaben mit 476,966.000 Schilling (Voranschlag 1949: 287,087.000 Schilling) gerechnet. Unter Einrechnung der Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und sonstigen Einnahmen im Abgabewesen verzeichnet der Voranschlag eine Einnahme von rund 512 Millionen Schilling gegen 314 Millionen Schilling im Voranschlag 1949.

Der Gemeinderat wird voraussichtlich am 20. März mit der Beratung der Vorlage beginnen.

### Wiedereröffnung der Freibank

=====

11. März (Rath. Korr.) Wie das Veterinäramt der Stadt Wien mitteilt, wird am 15. März 1950 die Freibank im Schweineschlachthof, St. Marx, Wien III., Verlängerte Baumgasse 129, wieder eröffnet.

Die Freibankfilialen in Wien X., Columbusplatz und Wien XII., Spittelbreitengasse, die kriegsbeschädigt sind, werden nach Wiederinstandsetzung zu einem späteren Zeitpunkt eröffnet werden.

### Sonderpostmarkenserie zu Gunsten der Heimkehrer

=====

11. März (Rath. Korr.) Bei den Wiener Postämtern liegen noch die restlichen Bestände der im Vorjahr aufgelegten Sonderpostmarkenserie zu Gunsten der Heimkehrer und Kriegsgefangenenfürsorge auf. Die Marken können für alle Postsendungen verwendet werden und haben nur geringe Zuschläge. Der Erlös wird zur Befürsorgung unserer Heimkehrer verwendet.

Die Werte der Marken sind: 40 Groschen (10 Groschen Zuschlag), 60 Groschen (15 Groschen Zuschlag), 1 Schilling (25 Groschen Zuschlag), 1,60 Schilling (40 Groschen Zuschlag).

Die künstlerisch wertvollen Marken werden sowohl einzeln, als auch in Sätzen bei den Postämtern verkauft.